

Schadenfreude ist erlaubt

Die Revolution frisst ihre «Schneider»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld TG

Der Bundesrat will eine Internet-Zensurinfrastruktur aufbauen. Vorbild sind ihm Gesetze autoritärer Regimes. Ein Opfer der Überwachungsmassnahmen ist nun ausgerechnet die grüne Nationalrätin Meret Schneider.



Nationalrätin Meret Schneider wurde auf X (ehemals Twitter) gesperrt, nachdem sie einen Beitrag verfasst hatte, der als Gewaltaufruf gegen Politiker verstanden werden konnte. Ihr Beitrag sei satirisch gemeint gewesen und hätte nicht ernst genommen werden sollen, reagierte sie entrüstet.

DNA der Totalitären

Schneider (jene mit der Essstörung) darf sich darüber nicht

beklagen. Denn sie ist nur Opfer ihrer eigenen Überzeugung geworden. Vor vielen Jahren schwappte nämlich im Gefolge der 68er in den USA die Kriminalisierung von Meinungen unter dem Decknamen «hate speech» in die Schweiz. Einfallstor war das Verbot «rassistischer» Aussagen. 2020 wurde der Tatbestand dann weitgehend auf die «sexuelle Orientierung» ausgedehnt. Diskutiert wird bereits, ob künftig auch Kritik an Frauen, Transmenschen, Sozialhilfebezügern, Asylsuchenden oder allen Minderheiten verboten werden soll. Nicht überraschend ist, dass der Feldzug zur Kriminalisierung von Meinungen von linken Parteien geführt wird. Ein Dorn im Auge ist den linken Vordenkern auch die Freiheit im Internet. SP-Nationalrat Tornare forderte schon 2014, Kommentare auf hochfrequentierten Websites müssten moderiert werden. Man träumt von der umfassenden Selbstzensur durch Facebook und Co.

«Plattformen kaum reguliert»

2019 forderte dann die SP-Nationalrätin Seiler Graf den Bund auf, «gegen Hassreden im Internet» vorzugehen. Den Ball nahm der Bundesrat natürlich gerne auf: Die Bevölkerung informiere sich immer stärker über Kommunikationsplattformen wie Google, Facebook, YouTube und Twitter und bilde sich so ihre Meinung. Die Plattformen – derzeit kaum reguliert – beeinflussten damit vermehrt die öffentliche Debatte.

Nebst einigen sinnvollen Vorschlägen enthält das Paket die heute gängigen Elemente der erzwungenen Selbstzensur: Nutzer sollen den Plattformen Aufrufe zu Hass, Gewaltdarstellungen oder Drohungen auf einfache Weise melden können. Die Plattformen müssen dann die Meldungen prüfen und die «Nutzenden» (O-Ton Bundesrat) über das Ergebnis informieren. Genau das ist Nationalrätin Schneider bereits passiert.

Politischen Gegner mundtot machen

Vorbild der vom Bundesrat geplanten Regelungen ist erklärtermassen der europäische Digital Services Act (DSA), aber insgeheim auch das deutsche «Netzwerkdurchsetzungsgesetz». Dessen Regelungen wurden als «Zensurinfrastruktur» bezeichnet, der Inhalt lese sich so, als «stamme er aus dem Roman 1984», bei dem es um das Mundtotmachen der politischen Gegner geht. Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz stand seit seiner Einführung im Jahr 2017 Pate für Gesetzesentwürfe zur Internetzensur in autoritären Regimen und hat einen weltweiten «regulatorischen Wettlauf» ausgelöst, der die Meinungsfreiheit zunehmend unterminiert.

Opfer dieser Zensurrevolution ist nun ausgerechnet die Grüne Schneider geworden. Sie war von Twitter/X zweimal gesperrt worden, weil die X-Zensoren offensichtlich überfordert sind. «Das zeigt, wie willkürlich Sperren auf dem Netzwerk X nun sind», jammerte der tieftraurige «Blick».

Hermann Lei

Sichere Zukunft in Freiheit!

2x auf Ihre Liste

bisher
Mauro Tuena
wieder in den Nationalrat
www.mauro-tuena.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
Zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes